

Die Front der Befürworter bröckelt

Steuerreform Nach Eveline Widmer-Schlumpf und Christian Wanner wechselt auch ein SVP-Hardliner die Seiten

VON DENNIS BÜHLER UND ANTONIO FUMAGALLI

In einem Leserbrief in der «Aargauer Zeitung» rief Jean-Pierre Gallati, Fraktionschef im Aargauer Grossen Rat, gestern eindringlich zu einem Nein am 12. Februar auf. Gallati geht davon aus, dass seine Kantonsregierung nach einer Annahme der Unternehmenssteuerreform III (USR) Dividenden statt wie bisher mit 40 neu mit 60 Prozent besteuern würde. Eine solche Steuererhöhung würde «die aargauische KMU-Landschaft massiv beeinträchtigen, selbst bei gleichzeitiger Reduktion des Gewinnsatzes», warnt der SVP-Politiker und folgert: «Aus aargauischer Sicht wäre es ratsam, nicht die Katze im Sack zu kaufen.»

«Hat er das wirklich getan?»

Von der Information, sein Aargauer Statthalter habe öffentlich zu einem Nein zur USR III aufgerufen, wird SVP-Präsident Albert Rösti überrumpelt. «Hat er das wirklich getan?», fragt er ungläubig.

«Hilfreich sind solche Äusserungen in der entscheidenden Phase eines Abstimmungskampfes nicht, ganz im Gegenteil.» Persönlich sei er ebenso klar für die Reform wie die Parteibasis, die die Ja-Parole an der Delegiertenversammlung im Oktober mit 336:2 Stimmen beschlossen habe, sagt Rösti. «Doch wir legen unseren Mitgliedern keine Maulkörbe an. Sie dürfen sagen, was sie für richtig halten.»

«Ruck durchs bürgerliche Lager»

Deshalb werde er Abweichler Gallati nun auch nicht die Leviten lesen, so der Präsident der SVP Schweiz. «Ich werde ihn bloss fragen, ob er sich der Auswirkungen seiner Äusserungen wirklich bewusst ist.» Statt mit öffentlichem Tadel eigener Exponenten wolle man die Stimmbewölkerung lieber mit guten Argumenten überzeugen. «Wer Arbeitsplätze in der Schweiz erhalten will, muss Ja stimmen!»

Um Coolness bemüht ist auch Hans-Ulrich Bigler, dessen Gewerbeverband für die Ja-Kampagne verantwortlich ist. Es komme immer wieder vor, dass einzelne



Jean-Pierre Gallati, Fraktionspräsident SVP/AG.



Eveline Widmer-Schlumpf, BDP.



Christian Wanner, alt Regierungsrat FDP/SO.

«Die Äusserungen Widmer-Schlumpfs und Wanners waren wie ein Weckruf fürs bürgerliche Lager.»

Hans-Ulrich Bigler
Direktor Gewerbeverband und Nationalrat FDP/ZH

Politiker andere Meinungen vertreten als ihre Partei, sagt er. «Davor ist auch die Linke nicht gefeit: Denken Sie beispielsweise an die Basler Finanzdirektorin Eva Herzog, die trotz ihrem SP-Parteibuch an vorderster Front für ein Ja zur USR III kämpft.»

Die Front der Befürworter bröckelte spätestens dann, als vergangene Woche mit alt BDP-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf und mit dem ehemaligen Präsidenten der

kantonalen Finanzdirektoren, dem Solothurner Alt-Regierungsrat Christian Wanner, zwei Schwergewichte ihre Kritik an der Vorlage äusserten. Gestern nun wagte sich erstmals ein SVP-Politiker aus der Deckung.

Der Zürcher FDP-Nationalrat Bigler versucht die Kritik aus den eigenen Reihen umzudeuten: «Die Äusserungen von Widmer-Schlumpf und Wanner waren wie ein Weckruf», so Bigler. «Sie haben dazu geführt, dass ein regelrechter Ruck durch das bürgerliche Lager gegangen ist.»

Der Aargauer SP-Nationalrat Cédric Wermuth hingegen sieht sich durch Gallati, den prominenten SVP-Abweichler aus seinem Heimatkanton, im Kampf gegen die Reform bestärkt. «Wenn sogar ein finanzpolitischer Hardliner wie er zum Nein aufruft, muss an dieser Vorlage definitiv etwas krumm sein», frohlockt Wermuth. Immer offensichtlicher werde nun, welche Blackbox man dem Stimmbolk vorsetze. Bereits Widmer-Schlumpf und Wanner aber hätten seine Hoffnung genährt. «Die Abstimmung kann noch zu unseren Gunsten kippen.»

Strom- und Benzinlenkung ist vom Tisch

Energiestrategie Die Kommission des Nationalrats ist einstimmig gegen Lenkungsabgaben. Nun kursieren verschiedene Rettungsideen.

VON ANTONIO FUMAGALLI

Es ist ein Zufall, dass beides gestern kommuniziert wurde - thematisch war es aber wie aufeinander abgestimmt. Am späten Nachmittag vermeldete die Bundeskanzlei, dass das von der SVP ergriffene Referendum gegen die erste Etappe der Energiestrategie 2050 nun auch formell zustande gekommen ist. Die Abstimmung findet somit wie geplant am 21. Mai statt (siehe auch «Nachgefragt» unten).

Nur wenige Stunden zuvor teilte die nationalrätliche Energiekommission (Urek) mit, dass sie nicht auf das Klima- und Energielenkungssystem (Kels) eingetreten ist und es dem Rat zur Ablehnung empfiehlt. Das Kels - und das ist die inhaltliche Verknüpfung zum Referendum - stellt die zweite Etappe der Energiestrategie dar.

«Dafür braucht es keine Verfassungsänderung.»

Martin Bäumle Parteipräsident GLP

Ziel des Lenkungssystems ist es, die Energieeffizienz zu steigern und den Ausstoss von Treibhausgasen zu verringern. Wie er dies zu tun gedenkt, hat der Bundesrat im Oktober 2015 präsentiert: Mit einem neuen Verfassungsartikel sollen Abgaben auf Brenn- und Treibstoffen sowie auf Strom erhoben werden können. Die Erträge würden an Haushalte und Unternehmen rückverteilt. Mit dem gestrigen Urek-Entscheid sind all diese Instrumente aber zumindest vorübergehend vom Tisch. Eine Mehrheit der Kommission beurteilte sie als «unzureichend, zu wenig differenziert und im aktuellen Marktumfeld wirkungslos». Weitere Parlamentarier sind der Auffassung, das vorgeschlagene System würde der Wirtschaft schaden.

Keine einzige Partei dafür

Bemerkenswert ist, dass sich keine einzige Partei hinter das Kels stellte - auch die Grünliberalen nicht, die im Frühling 2015 mit der Initiative «Energie statt Mehrwertsteuer» spektakulär scheiterten. Parteipräsident Martin Bäumle befürwortet Lenkungsabgaben zwar weiterhin, weil es das kostengünstigste Modell für den Umbau der Energieversorgung sei. «Doch dafür braucht es keine Verfassungsänderung», sagt er.



Effizient, aber kein Rückhalt: Lenkungssysteme für Treibstoff und Strom finden keine Mehrheit.

CHRISTIAN BEUTLER/KEYSTONE

Ihm schwebt eine deutliche Erhöhung der CO₂-Abgabe und eine sogenannte Graustromabgabe, die nichterneuerbaren Strom belasten würde, vor.

Verschiedene Modelle im Raum

Die Frage ist, wie es nun weitergeht. Die Kommission betonte gestern, sich «umgehend mit der Frage nach dem geeigneten Modell» für den Strommarkt zu beschäftigen und im Rahmen des neuen CO₂-Gesetzes, das der Bundesrat Ende Jahr vorlegen soll, «bereits erste wichtige Entscheide» zum Klimaschutz zu fällen.

Eine Auslegeordnung für den Strommarkt nach 2020 hat jüngst das Bundesamt für Energie präsentiert. Es diskutiert darin verschiedene Varianten, etwa ein Quotenmodell, das die Stromlieferanten verpflichten würde, einen bestimmten Teil an erneuerbaren Energien zu liefern. Oder ein Auktionsmodell, bei dem der Bund die Förderhöhe von erneuerbaren Energien festlegen würde. Eine weitere Möglichkeit wäre eine differenzierte Stromabgabe, bei welcher auf die verschiedenen Energieträger unterschiedliche Abgaben erhoben würden. Dieses Modell wiederum hat den Nachteil, dass es möglicherweise europäischem und internationalem Recht widersprechen würde.

NACHGEFRAGT

«Es braucht gar keine Veränderung»

Herr Rösti, der zweite Teil der Energiestrategie wurde gestern versenkt - und damit auch Ihr Hauptargument im Kampf gegen den ersten Teil.

Albert Rösti: Ganz und gar nicht. Gestern wurde eine mögliche Finanzierungsquelle abgeschossen, aber die Ziele bleiben die gleichen. Wenn man nicht die ganze Strategie ablehnt, müssen diese irgendwie finanziert werden. Einfach auf einem anderen Weg, zum Beispiel über einen massiven Aufschlag der CO₂-Abgabe. Auch eine Verlängerung der Einspeisevergütung kommt nun wohl wieder auf den Tisch. Dagegen wehren wir uns.

Was ist denn Ihre Alternative? Wie soll die Energieversorgung der Zukunft finanziert werden?

Es braucht gar keine Veränderung, der Status quo schröpft Bürger und Firmen schon genug. Wir müssen - gerade auch zum Wohl des Klimas - aufpassen, dass unsere Wettbewerbsfähigkeit nicht verschlechtert wird und Firmen abwandern.

Haben Sie das Referendum eigentlich nur ergriffen, um das Lenkungssystem zu bodigen?

Nicht nur, aber es ist sicher mal ein erster Erfolg. Wir haben es auch deshalb getan, weil schon der erste Teil der Energiestrategie viel zu ambitioniert ist. Da wird sozusagen eine «grüne Wirtschaft» über die Hintertüre eingeführt.

Bleibt die SVP auch nach gestern bei ihrer Kampagne mit weinenden Kindern, die angeblich nicht mehr in die Ferien fahren können?

Selbstverständlich. Die Ausgangslage bleibt gleich. Geändert hat sich nur, dass man dem Volk nun die Finanzierung nicht mehr präsentiert - das ist verlogen.

INTERVIEW: ANTONIO FUMAGALLI

ALBERT RÖSTI



Der 49-jährige Berner ist seit fünf Jahren Nationalrat und präsidiert seit April letzten Jahres die SVP Schweiz.

NACHRICHTEN

KLIMAABKOMMEN

Umweltkommission sagt Ja zu Ratifikation

Die Umweltkommission des Nationalrats stimmt der Ratifikation des Pariser Klimaabkommens zu. Der Entscheid fiel deutlich mit 15 zu 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Weniger deutlich war die Zustimmung zur Vorgabe, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 50 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Die Kommission fällt diesen Beschluss mit 13 zu 12 Stimmen. (SDA)

ARMEE

Militär soll für Frauen attraktiver werden

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats ist gegen die Dienstpflicht für Frauen. Der freiwillige Militärdienst soll aber attraktiver werden. Ohne Gegenstimme hat sie eine Motion eingereicht mit der Forderung, dass auch Frauen zu den Orientierungstagen der Armee eingeladen werden. (SDA)

GRENZWACHE

Fast 50 000 rechtswidrige Grenzübertritte

Das Schweizerische Grenzschutzkorps hat 2016 insgesamt 48 838 rechtswidrige Aufenthalte in der Schweiz registriert. In 26 644 Fällen wurden die Personen wieder weggewiesen. Das sind über 17 000 mehr registrierte rechtswidrige Aufenthalte und viermal mehr Wegweisungen als 2015. (SDA)

Alkohol am Steuer

Verurteilung von Céline Amaudruz ist für SVP Privatsache

Nach der Verurteilung wegen Trunkenheit am Steuer hat die Genfer Nationalrätin Céline Amaudruz keine Konsequenzen vonseiten der SVP zu befürchten. Die SVP Schweiz kommentiert das Thema nicht, sagte die stellvertretende Generalsekretärin Silvia Bär. Es handle sich um eine Privatsache, sagte auch der Präsident der SVP Genf, Marc Fuhrmann, gestern im Westschweizer Radio. Céline Amaudruz geniesse weiterhin das Vertrauen der Partei, fügte Fuhrmann an. Die 37-jährige Nationalrätin war im Dezember mit zu viel Alkohol im Blut am Steuer erwischt worden. Dafür erhielt sie eine bedingte Geldstrafe von 100 Tagessätzen zu je 450 Franken bei einer Bewährung von drei Jahren. (SDA)